

Arno Klönne

Die „roten Schwarzen“

Zur Tradition des Sozialkatholizismus in Deutschland

Die in der Bundesrepublik sich wiederbelebende Diskussion über gesellschaftspolitische Perspektiven und deren historische Herkunft hat auch die Frage aktualisiert, welche Impulse denn in der historischen Überlieferung christlicher Arbeiterbewegung zu finden sind, welche Rolle sozialchristlich gebundene Arbeitnehmerpolitik speziell in der deutschen Geschichte gespielt hat und welche gegenwärtige Bedeutung solche Traditionslinien haben.

Die „roten Schwarzen“ oder auch „schwarzen Roten“, diejenigen also, die als kirchentreue Christen die soziale Frage im Interesse der Arbeiterschaft zu lösen bestrebt waren und dabei Konflikte mit der herrschenden Ökonomie nicht scheuten, haben seit der Industrialisierung die Geschichte der Arbeiterbewegung, der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpolitik in Deutschland auf nachhaltige Weise beeinflusst. In der Geschichtsschreibung und im populären Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik ist dieser Sachverhalt über Jahrzehnte hin nicht hinreichend gewürdigt worden.

Die Darstellungen über die historische Arbeiterbewegung enthalten einen hohen Informationsstand zur Geschichte der Sozialdemokratie, der sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften und – für die Zeit nach 1918 – der kommunistischen Organisationen. Das ist insoweit legitim, als bei diesen Richtungen das Schwergewicht in der organisierten politischen Kultur der Arbeiterschaft vor 1933 lag. Aber darüber darf nicht vergessen sein, daß die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften eine dritte, kräftige und wirksame Richtung der Arbeiterbewegung vor der Zeit des Nationalsozialismus verkörperten.

In kirchengeschichtlichen Darstellungen wiederum ist zwar üblicherweise von der Entwicklung christlicher Soziallehre oder Sozialethik die Rede, dies aber nur zu oft so, als habe sich die soziale Frage in einem menschenleeren Raum abgespielt und als sei allenfalls über Probleme einer Arbeiterseelsorge, nicht aber über soziale Bewegung in der kirchlich gebundenen Arbeiterschaft zu berichten.

Tatsächlich waren die christliche Arbeiterbewegung, die kirchlich gebundenen Arbeitervereine und die Christlichen Gewerkschaften vom Wilhelminismus bis zum Dritten Reich wesentliche Bestandteile der damaligen Arbeiterkultur in Deutschland, ihrer Organisationen und ihrer sozialen und politischen Praxis, und sozialchristliche Positionen waren in der Geschichte der gesellschaftlich wirksamen Ideen höchst einflußreich.

Freilich sind hier erhebliche Unterschiede zwischen den beiden christlichen Konfessionen festzuhalten¹. In den Gründerzeiten der deutschen Arbeiterbewegung, also im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, war im Zeichen der Verbindung von Thron und Altar der Protestantismus eng angelehnt an die Institutionen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats, und die innerkirchlichen Motivationen für die Herausbildung einer sozialen Sonderkultur waren infolgedessen im protestantischen Terrain relativ schwach. Die Bindungen an die Kirche lockerten sich bei protestantischen Industriearbeitern rasch, und die Sozialdemokratie fand hier dann ein besonders günstiges Feld für ihre Organisationen.

Christlich-soziale Bestrebungen im Protestantismus hatten eine vorwiegend karitative Zielrichtung; hier ging es nicht so sehr um Organisationspolitik und Zuständereform, sondern um „angewandte christliche Nächstenliebe“, um helfende Zuwendung im Einzelfall. Als der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker eine politisch höchst konservative, aber sozial aufgeschlossene Christlich-soziale Partei gründete, um die protestantische Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie fernzuhalten und an den monarchischen Staat zu binden, fand dies bei den damaligen protestantisch-deutschen Eliten wenig Wohlwollen; Kaiser Wilhelm II. tat apodiktisch seine Meinung kund: „Christlich-sozial ist Unsinn.“

Trotz solcher Abmahnungen entwickelten sich sozialprotestantische Initiativen und Evangelische Arbeitervereine mit durchweg obrigkeitsstaatlicher und nationalistischer Orientierung; nach 1918 fanden sie ihren parteipolitischen Bezugspunkt zumeist in der Deutschnationalen Volkspartei. Das sozialpolitische Gewicht und der Einfluß in der Arbeiterbevölkerung waren auf der sozialprotestantischen Seite nicht so beachtlich, daß man bedenkenlos von einer protestantischen Arbeiterbewegung sprechen könnte; da sah es auf der sozialkatholischen Seite anders aus.

Die Herausbildung des organisierten Arbeiterkatholizismus

Der Katholizismus war in Preußen-Deutschland politisch in eine Abwehrstellung gedrängt worden; der „Kulturkampf“ gegen die sogenannten Ultramontanen kräftigte noch die ohnehin vorhandenen katholischen Beweggründe, sich gegen jeden Modernismus wie auch gegen die teils protestantische, teils nationalliberale herrschende Gesellschaft in einer Sonderkultur fest zusammenzuschließen und einen sozialen und politischen Verbandskatholizismus auszubilden, der wiederum ohne spezifische Organisationsformen für die Arbeiter gar nicht auskommen konnte. Die Auseinandersetzung mit der „sozialen Frage“ wurde zu einem zentralen Thema des organisierten Katholizismus in den Industrievierteln, wobei an kapitalismuskritische Überlieferungen der katholischen Soziallehre wie auch an den lebensweltlichen Traditionalismus katholischer Arbeiterschaft angeknüpft werden konnte.

Vor dem Ersten Weltkrieg bildete sich so im Feld des Katholizismus eine „andere“ Arbeiterbewegung heraus, beginnend mit den katholischen Arbeitervereinen und in enger Verflechtung mit dem Volksverein für das katholische Deutschland, der eine damals einzigartige Intensität lebenspraktischer sozialer Bildung gerade für Arbeiterfamilien entwickelte. Parteipolitisch mündete der organisierte Arbeiterkatholizismus in die Zentrumspartei ein, die ohne diesen Arbeiterflügel kaum lebensfähig gewesen wäre; nachdem kirchliche Vorbehalte beiseite geräumt waren, gab der Arbeiterkatholizismus auch die eigentliche Basis ab für die interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften.

In jenen Regionen Deutschlands, in denen Industriearbeit und katholische Konfession dominierten, stand der organisierte Arbeiterkatholizismus vor 1914 der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften keineswegs nach, und zu Zeiten der Weimarer Republik bestanden in solchen Regionen oft ausgeglichene Kräfteverhältnisse zwischen der katholischen, der kommunistischen und der sozialdemokratischen Richtung in der Arbeiterbewegung.

Nimmt man die Arbeiterstädte des Ruhrgebiets als Beispiel, so zeigt sich, daß, anders als heute, die Sozialdemokratie hier historisch keineswegs eine Hochburg hatte, sondern vergleichsweise schwach vertreten war; der Grund dafür lag in der besonderen Stärke des regionalen Arbeiterkatholizismus². Die Trennung einer christlich-katholischen Linie der Arbeiterbewegung vom sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Hauptstrang der Entwicklung war nicht etwa schon von Beginn der Organisierung der Arbeiter an perfekt, und sie hatte ihre Ursachen nicht in Unvereinbarkeiten der Klassenpolitik. Im Ruhrgebiet beispielsweise gab es in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Versuche von Katholisch-Sozialen und Sozialdemokraten, eine gemeinsame Bergarbeitergewerkschaft zu bilden, und bei der Reichstagswahl 1877 brachten in Essen katholische Arbeitervereine und Sozialdemokraten gemeinsam einen katholisch-sozialen Arbeiterkandidaten gegen den offiziellen Kandidaten der Zentrumspartei zum Wahlerfolg. Aber solche Kooperationen blieben für die Gesamtentwicklung episodisch.

Die Kirchen waren darauf bedacht, ihr Potential in der Arbeiterschaft gegenüber allen „weltlichen“ und noch dazu aufklärerisch-antiklerikalen Anmutungen abzusichern, und zumindest auf der katholischen Seite gelang dies zu einem erheblichen Teil. Die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften könnten, so wurde befürchtet, Arbeiter und Arbeiterinnen dem kirchlichen Denken und Leben entfremden, und in der Tat bewegten sich damals gerade die deutschen Sozialdemokraten und viele Freigewerkschaftler in rationalistischen Gedankenbahnen, die vom Verständnis nicht nur für die Kirche, sondern auch für eine religiöse Alltagskultur weit wegführten. Bis zur Jahrhundertwende bildeten sich hier beiderseits abschließende Profile heraus: Die Sozialdemokratie wurde, als sie gerade die katholischen Industriearbeiter in ihrer Masse für sich nicht gewinnen konnte, mehr und mehr zu einer sozialen Volkspartei der protestantisch geprägten,

aber nicht mehr kirchlich praktizierenden Schichten der deutschen Gesellschaft unterhalb der Linie von „Besitz und Bildung“; die katholische Arbeiterbewegung hatte sich verselbständigt und integrierte sich parteipolitisch in das Zentrum, dem sie das Gepräge einer Partei gab, die auch Arbeiterinteressen repräsentierte. Es war damals nicht nur der Industrialisierungsgrad, sondern ebenso sehr der Konfessionsfaktor, der über Stärke oder Schwäche der Sozialdemokratie in einer Region entschied.

Profil und Probleme katholischer Arbeiterbewegung vor 1914

Leider hat die Geschichtswissenschaft bislang keine einigermaßen systematische Darstellung des organisierten Arbeiterkatholizismus, seiner Alltagswelt und seiner gesellschaftlichen Praxis hervorgebracht. Immerhin gibt es seit 1982 eine sehr detaillierte und sorgfältige Untersuchung über die Christlichen Gewerkschaften, womit wenigstens die gewerkschaftsorganisatorische Seite des Themas, also die Struktur, Arbeitspolitik und sozialpolitische Programmatik der Christlichen Gewerkschaften ihre Beschreibung gefunden hat³. Aber sozialgeschichtlich bleibt hier noch viel zu tun. Das vorliegende historische Material spricht übrigens gegen eine weitverbreitete Lesart, wonach christliche Arbeitervereinigungen pastorale Zweckgründungen und nicht mehr gewesen seien. Sicherlich stützte sich der Prozeß sozialchristlicher Organisierung auf Priester und auf deren Kompetenzen, wobei die Arbeiterpräsidenten im Katholizismus häufig aus dem Arbeitermilieu oder aus ländlichen Unterschichten kamen.

Aber die kirchlichen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften waren eben auch so etwas wie „kämpferische Selbsthilfe“, ihre Funktionäre waren engagierte, aktivistische und bildungshungrige Arbeiter. Konflikte im kirchlichen Raum blieben nicht aus. Die gemeinsame Bindung von Christen aus unterschiedlichen sozialen Klassen an kirchliche Lebensauffassungen änderte nichts daran, daß Arbeiterchristen eben auch Arbeiterinteressen zu verfechten hatten, und Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler hatte die Notwendigkeit einer eigenständigen, gegenüber den Interessen anderer sozialer Klassen unabhängigen Organisierung der Arbeiterschaft frühzeitig hervorgehoben⁴. Zweifellos waren beide Kirchen nicht ohne Erfolg darum bemüht, ihre Arbeitervereine von der Idee des „Klassenkampfes“ fernzuhalten; die Interessengegensätze von Kapital und Arbeit sollten „friedlich“ ausgetragen werden. Aber dies änderte nichts daran, daß Interessenpolitik für die Arbeiterschaft zu betreiben war.

Joseph Joos, einer der wichtigsten Repräsentanten der katholischen Arbeiterbewegung vor 1933, schrieb im Rückblick auf seine Erfahrungen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: „Hier zeigte sich eine katholische, eine kirchlich geförderte Bewegung von Arbeitern, die alle Merkmale der Klassenzugehörigkeit an sich

trugen, sie nicht verleugneten, die Solidarität mit ihren Arbeitskameraden bejahten und doch die marxistische Gedankenwelt ablehnten.“ Als „Klassenbewegung“ charakterisierte Joseph Joos den Arbeiterkatholizismus, von demselben „unzweideutigen Willen getragen, der Arbeiterklasse den gebührenden Platz in der Gesellschaft zu erobern wie die sozialistische Arbeiterbewegung“⁵.

Leicht zu erkennen ist, welche inneren Schwierigkeiten in einer solchen Position lagen. Einerseits ging es darum, gegen die Kritik kirchenfremder oder kirchenfeindlicher Klassengenossen die Bindung an die Kirche durchzuhalten, Teil eines in seiner Gesamtheit nicht mit der Arbeiterbewegung verbundenen organisierten Konfessionalismus zu sein. Andererseits galt es, gegen die Verständnislosigkeit oder Ablehnung bürgerlicher oder feudal gesinnter Glaubensgenossen die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, Teil einer in ihrer Gesamtheit nicht kirchlich gebundenen Arbeiterbewegung zu sein.

Die historische Leistung des Arbeiterkatholizismus vor dem Ersten Weltkrieg lag darin, daß er es zuwege brachte, diesen Widerspruch zu überbrücken und sich zu einer Säule sowohl des Verbandskatholizismus als auch der politischen Kultur der Arbeiterbewegung aufzubauen. Wenn im Deutschen Reich vor 1914 erste sozialstaatliche Errungenschaften im Interesse der Arbeiter zustande kamen, so war dies nicht nur dem Willen des Obrigkeitsstaats zuzuschreiben, durch sozialpolitische Zugeständnisse demokratischen oder klassenkämpferischen Bestrebungen in der Arbeiterschaft das Wasser abzugraben. Wirksam wurde hier auch, vermittelt über die Zentrumspartei, der soziale Reformdruck des Arbeiterkatholizismus⁶. Hingewiesen sei hier auf die Schlüsselstellung, die der Zentrumsparlamentarier, Sozialwissenschaftler und Priester Franz Hitze für die Sozialgesetzgebung im Deutschen Reich vor 1914 einnahm. Franz Hitze war zugleich einer der geistlichen Führer der katholischen Arbeitervereine und des katholischen Volksvereins, Anreger auch der Christlichen Gewerkschaften.

Die christliche Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg war nicht umstürzlerisch, und sie dachte durchweg national oder doch staatsloyal. Aber in ihren Verbandsstrukturen war sie doch auch eine praktische Eingewöhnung in demokratische Verhaltensweisen, und zumindest im Arbeiterkatholizismus war die Abneigung gegenüber dem preußisch-deutschen Kasernenhofgeist in der Politik weit verbreitet⁷.

Christlich-national oder christlich-demokratisch?

Als 1918 der Obrigkeitsstaat in Deutschland zusammenbrach, wurde der Arbeiterkatholizismus zu einer unentbehrlichen Stütze für den Versuch, sozialrepublikanische Verhältnisse durchzusetzen und zu festigen. Die reformerische Richtung in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, also die Sozialdemo-

kratie, hatte nur hier einen politischen Partner, mit einer sozialen Verankerung in den katholischen Industrieregionen und mit einem zur linken Mitte hin zielenden Einfluß in der Zentrumspartei. Allerdings beginnen genau hier die Zwiespältigkeiten der sozialchristlichen Bewegung in der Weimarer Republik, und es ist das Verdienst einer wissenschaftlichen Arbeit von Hartmut Roder, die ambivalente Rolle christlicher Arbeitnehmerorganisationen in der deutschen Politik zwischen 1918 und 1933 durchschaubar zu machen⁸.

Roder stellt dar, wie die Christlichen Gewerkschaften damals im Verbund mit rechtsgerichteten Angestellten- und Beamtenorganisationen eine organisatorische und programmatische Alternative zu den Freien Gewerkschaften zu entwickeln versuchten, die immerhin etwa 20 Prozent aller organisierten Arbeitnehmer der Weimarer Republik in ihre Reihen brachte. Dieser „Deutsche Gewerkschaftsbund“ umschloß außer den Christlichen Gewerkschaften vor allem Arbeitnehmerorganisationen, die sich aus den lohn- oder gehaltsabhängigen neuen Mittelschichten rekrutierten; die wichtigste Gruppierung darunter war der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, mit einer nationalistischen, völkisch-antisemitischen Ausrichtung und engen Verbindungen zur Deutschnationalen Volkspartei.

Unter der Parole einer christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung wurde hier ein „Dritter Weg“ propagiert und der Schulterschuß zwischen einer nichtsozialistischen Richtung der Arbeiterbewegung und rechtsbürgerlichen Parteien und Organisationen probiert. Gesellschaftspolitisch erwies sich dies als illusionär, schon deshalb, weil im konservativ-nationalistischen Lager sozialreaktionäre Einstellungen und Interessen über eine klare Mehrheit verfügten. Parteipolitisch wirkten sich Konstruktion und Konzeption des christlich-nationalen Gewerkschaftsbunds für die Weimarer Demokratie problematisch aus, weil in der politischen Mitte, so vor allem in der Zentrumspartei, diejenigen Kräfte geschwächt wurden, die auf ein dauerhaftes Bündnis mit der Sozialdemokratie setzten, während diejenigen bestärkt wurden, die eine Anbindung nach rechts hin bevorzugten. Ideologisch trug die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung zur Ausbreitung national korporativer Leitbilder bei, von denen freilich auch die Freien Gewerkschaften nicht frei waren; im christlich-nationalen Gewerkschaftsbund waren Ideen beliebt, die auf eine berufsständisch-volksgemeinschaftliche Neuordnung mit dem Ziel „nationaler Geschlossenheit“ hinausliefen. Hier konnte in der Endphase der Weimarer Republik der Nationalsozialismus sozialdemagogisch anknüpfen.

Katholische Arbeitervereine in Gegenposition zum Nationalsozialismus

Die national korporative, nach rechts hin Bündnisse suchende Politikrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbunds war in den Christlichen Gewerkschaften nicht

unumstritten, und in den Katholischen Arbeitervereinen, vor allem dem mächtigen westdeutschen Verband, stieß dieser Kurs auf grundsätzliche Kritik. Die sozialrepublikanischen Positionen waren hier stark genug, um für den Abstand gegenüber einem demokratie-gegnersischen Deutschnationalismus zu sorgen, und die sozialpolitischen Traditionen aus dem katholischen Volksverein enthielten zuviel nüchterne Einsichten in Wirtschaft und Gesellschaft, als daß die Verheißungen einer „völkischen Wiedergeburt“ hier hätten Eindruck machen können. Während der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund kirchlich orientierte oder konservativ denkende Arbeitnehmer mit dem nationalen Bürgertum verbünden wollte, hoffte man in den Katholischen Arbeitervereinen eher auf eine Annäherung christlich-demokratischer und sozialistisch-demokratischer Strömungen der Arbeiterbewegung.

Hier eigentlich lagen die Anknüpfungspunkte für die Einheitsgewerkschaften, wie sie sich in den Westzonen Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs bildeten, und nicht, wie in der Literatur häufig dargestellt, in dem ominösen „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“, mit dem einige Repräsentanten der christlichen, der liberalen und der freien Gewerkschaften im April 1933 das Organisationsgerüst der Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten versuchten, nachdem deren politische Unterwerfung unter die nationale Diktatur bereits vollzogen war.

Die katholischen Arbeitervereine gehörten 1933 zu den Kräften in der deutschen Gesellschaft und im deutschen Katholizismus, die sich vom Taumel der sogenannten nationalen Revolution nicht anstecken ließen. Ihre Wortführer versuchten vergeblich, die Zentrumsfraktion im Reichstag von der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz abzuhalten, und einige von ihnen wurden später zu Aktivisten des Widerstands gegen das Hitler-Regime. Jürgen Aretz hat diesen Teil der Geschichte des Arbeiterkatholizismus nachgezeichnet⁹.

Bedeutungsverlust sozialchristlicher Tradition?

Nach dem Ende des Dritten Reichs ergab sich für die sozialchristlichen Bewegungen und Organisationen eine andere Konstellation, als sie bis 1933 bestanden hatte. Die Gewerkschaften gründeten sich nun als Einheitsgewerkschaften neu, und sie umschlossen nach 1945 zum allergrößten Teil auch das Potential der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften. Mitte der fünfziger Jahre wurden in Konkurrenz zum Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften christliche Gewerkschaftsverbände neu gegründet, aber sie erlangten nicht wieder die Bedeutung der Vorläuferverbände aus der Zeit vor 1933. Den kirchlichen Arbeitervereinen war während des Dritten Reichs der „Rückzug in die Sakristei“ aufgezwungen und jede politische oder soziale Betätigung untersagt

worden. Dies hatte Konsequenzen auch für die Zeit nach 1945; die Gesellschaftszuwendung, die bis zum Dritten Reich vor allem die katholischen Arbeitervereine ausgezeichnet hatte, konnten sie nach 1945 im alten Ausmaß nicht wieder entwickeln.

Parteipolitisch rückte das Potential der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften und der kirchlichen Arbeitervereine nach 1945 durchweg in die Unionsparteien ein. Diese wurden in den Jahren um 1949 eben dadurch mehrheitsfähig; nur als „bürgerliche Sammlungspartei“ hätte die Union damals nicht die Chance gehabt, die stärkste Partei im Bundestag zu werden. Aber die Union griff und greift in ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft stärker in bürgerlich-nationale Schichten aus als einst die Zentrumsparlei. Mit der „bürgerlichen“ Regierungskoalition in Bonn nach der ersten Bundestagswahl waren die sozialchristlichen Gruppierungen noch durchaus unzufrieden; der KAB-Vorsitzende Josef Gockeln sagte damals, die christliche Arbeiterschaft habe mit ihren Stimmen für die Union nicht die Absicht verbunden, der FDP in den Sattel zu verhelfen¹⁰.

Kritische Stimmen dieser Art schienen dann aber in dem nach 1950 einsetzenden wirtschaftlich-sozialen Aufschwung ebenso überholt wie die Positionen des Ahlener Programms der CDU der britischen Zone, dessen Sinn es gewesen war, die sozialchristliche Strömung in die Union einfließen zu lassen. In Zeiten einer scheinbar immerwährenden Prosperität schien eine Tradierung christlich-sozialreformerischer Ideen oder eine Pflege der Traditionen christlicher Arbeiterbewegung mehr und mehr entbehrlich. Wenn der Weg in die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ geebnet und die „soziale Frage“ im wesentlichen ein für allemal gelöst war, dann bedurfte es nicht mehr der historischen Erfahrungen der „schwarzen Roten“ oder der „roten Schwarzen“. Es kam hinzu, daß deren wichtigste Basis, nämlich der Arbeiterkatholizismus, infolge der Umstrukturierung der Arbeitnehmerschaft, der schrittweisen Auflösung des überkommenen Arbeitermilieus und der zunehmenden Entkirchlichung der Lebenswelt einer Erosion unterlag.

Dennoch wäre die Annahme falsch, sozialchristliche Ideen hätten auf das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik keinen Einfluß genommen. Dessen sozialstaatlicher Charakter, der ja nicht selbstverständlich ist, hat seine Herkunft nicht zuletzt in sozialpolitischen Überlieferungen aus dem Arbeiterkatholizismus, den kirchlichen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften, und in dieser Hinsicht hat es seit Beginn der Bundesrepublik eine informelle große Koalition gegeben, in deren Mittelpunkt die DGB-Gewerkschaften stehen, auf deren Boden sozusagen sich Sozialdemokraten und christdemokratische Arbeitnehmergruppierungen in einem sozialstaatlichen Grundkonsens treffen, auch wenn dessen Konkretisierung immer wieder strittig ist.

Seit einigen Jahren ist in verschiedenen politischen Bereichen die Bemühung feststellbar, sozialchristliche Konzepte wieder stärker in die Debatten über die Gestaltung zukünftiger Arbeits- und Sozialverhältnisse einzubringen und hierbei

auch an historische Erfahrungen anzuknüpfen; eine intensivere „Traditionssuche“ dieser Art ist zum Beispiel bei der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), bei den Sozialausschüssen der Unionsparteien und auch in der Sozialdemokratie bemerkbar. Die Entwicklung in den letzten Jahren hat die Frage aufgeworfen, ob der sozialstaatliche Grundkonsens noch auf die Billigung aller wichtigen gesellschaftlichen Kräfte rechnen kann oder ob unter technologisch und produktiv hochentwickelten Bedingungen sozialstaatliche Strukturen eher eine Belastung ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit darstellen.

Für sozialchristliche Traditionen stellt diese Frage eine Herausforderung dar. Sozialchristliches Denken kann, wenn es seine Identität bewahren will, jedenfalls ein Gesellschaftsmodell nicht anerkennen, das sozialdarwinistische Züge hat, das also Wirtschaftsleben als ein Terrain ansieht, in dem der Starke überlebt und der Schwache untergeht. Der relative Bedeutungsverlust, den sozialchristliche Traditionen seit den 50er Jahren erfahren haben, besagt noch nicht, daß sie historisch verbraucht, daß ihre gesellschaftlichen Energien ein für allemal verloren wären. Die Geschichte sozialchristlicher Bewegungen ist, so können wir vermuten, nicht abgeschlossen, auch nicht in der Bundesrepublik.

ANMERKUNGEN

¹ Zum kirchen- und sozialgesch. Kontext: M. Greschat, *Das Zeitalter der industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne* (Stuttgart 1980); zur Differenzierung zwischen den kath. und den ev. Arbeitervereinen wichtige Hinweise bei J. Mooser, *Arbeiter, Bürger und Priester in den konfessionellen Arbeitervereinen im dt. Kaiserreich*, in: *Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert*, hrsg. v. J. Kocka (München 1986).

² K. Rohe, *Vom Revier zum Ruhrgebiet* (Essen 1986).

³ M. Schneider, *Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933* (Bonn 1982).

⁴ E. Iserloh, *Die sozialen Aktivitäten der Katholiken im Übergang von der karitativen Fürsorge zu Sozialreform und Sozialpolitik*, dargestellt an den Schriften Wilhelm Emmanuel von Kettlers (Wiesbaden 1975).

⁵ J. Joos, *Am Räderwerk der Zeit* (Augsburg o. J.) 48.

⁶ Zum Einfluß des Sozialkatholizismus auf die Sozialpolitik: L. Roos, *Kapitalismus, Sozialreform, Sozialpolitik*, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, hrsg. v. Anton Rauscher (München 1982).

⁷ Zur staatspolitischen Einstellung des „Volksvereins“ und der westdeutschen Arbeitervereine vor 1918: H. Hürten, *Kurze Geschichte des dt. Katholizismus 1800–1960* (Mainz 1986) 184f.

⁸ H. Roder, *Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik* (Frankfurt 1986); I. Hamel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933* (Frankfurt 1967).

⁹ J. Aretz, *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus* (Mainz 1978).

¹⁰ Michael, *Zeitung des jungen Volkes*, 15. 10. 1949. Zur Entwicklung nach 1945 vgl. U. Schmidt, *Kath. Arbeiterbewegung zwischen Integralismus und Interkonfessionalismus*, in: *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?*, hrsg. v. R. Ebbighausen u. F. Tiemann (Opladen 1984) 216–239.